

Zürich: Dass der Stadtrat einen Friedhof für Muslime plant, sorgt für Unmut

Jenseitiges aus dem Diesseits

VON WASEEM HUSSAIN

In der Stadt Zürich spielt sich derzeit eine Politgroteske ab, zu deren Bühne der Buckel der Toten auserwählt worden ist. Beschämende Briefe füllen die Postsäcke jener, die dem würdelosen Schauspiel ein Ende bereiten und lediglich verfassungsmässiges Recht üben wollten.

In der Bundesverfassung heisst es: «Die Verfügung über die Begräbnisplätze steht den bürgerlichen Behörden zu. Sie haben dafür zu sorgen, dass jeder Verstorbene schicklich beerdigt werden kann.» In diesem Sinne versuchten vor rund zwanzig Jahren die Muslime Zürichs, einen eigenen Friedhof zu erhalten. Vergeblich. Denn damals wollten sie, einer in der islamischen Welt weitverbreiteten Tradition folgend, die Toten nur in ein weisses Tuch gehüllt bestatten. Das aber war wegen gesundheitspolizeilicher Einwände nicht möglich. 1994 machten die Muslimgemeinschaften Zürichs einen neuen Versuch und erklärten sich vorab einverstanden, ihre Toten in leichten Särgen zu beerdigen. Der Stadtrat reagierte positiv, und Bestattungs- und Gartenbauamt wurden auf ihrer Suche nach einem geeigneten Ort fündig. Im Januar dieses Jahres gab das Präsidialdepartement bekannt, es wolle den Muslimen dafür im städtischen Friedhof Eichbühl eine knapp 8300 Quadratmeter grosse, freiliegende Wiese zur Verfügung stellen. Das steht laut Präsidialdepartement auch in Einklang mit einer kantonalen Verordnung, nach welcher die Gemeinden Teile eines bestehenden Friedhofs nicht für eine einzelne Religionsgemeinschaft reservieren dürfen. Ein Vertrag soll bis Mitte Jahr dem Stadtrat vorliegen.

Obwohl Stadtpräsident Josef Estermann Ende März über die Pläne informierte und dabei noch die wichtigsten Bedenken entkräftete, läuft die Quartier-SVP dagegen Sturm. Anführer dieser Opposition ist SVP-Gemeinderat Emil Grabherr. Er ist fest entschlossen, den islamischen Friedhof «mit allen Mitteln zu verhindern». Auch er inszenierte eine Informationsveranstaltung. Besucherinnen und Besucher berichten von rassistischem und faschistischem Gedankengut, das dabei herumgereicht worden sei. Der örtliche Fussballklub, die Mietervereinigung, CVP, EVP, FDP, FraP,

GP und SP sowie zehn reformierte und katholische Pfarrer sprachen sich hingegen in einer gemeinsamen Erklärung für die «heute eigentlich selbstverständliche Notwendigkeit einer muslimischen Bestattungsmöglichkeit» aus.

«An einem unbesiedelten Ort»

Entwicklungsgeschichtlich gesehen ist es zwar nachvollziehbar, wenn das verfassungsmässige Gebot der «schicklichen Beerdigung» bisher auf hiesige Gepflogenheiten ausgelegt worden ist. Heute aber leben etwa 200 000 Musliminnen und Muslime in der Schweiz; einige von ihnen sind Ausländer, andere gebürtige und zum Islam konvertierte oder eingebürgerte Schweizer. Ihr Anteil an der schweizerischen Gesamtbevölkerung beträgt 2,8 Prozent. Sie sind also längst nicht mehr eine Quantité négligeable. Sie bilden einen Teil dessen, was man gut schweizerisch «Einheit in der Vielfalt» nennt. Wenn die Muslime alle gesetzlichen Pflichten erfüllen, müssen sie auch alle Rechte erhalten.

Nur für die SVP ist das nicht selbstverständlich. Emil Grabherr fordert, ein islamischer Friedhof dürfe – wenn überhaupt – nur «irgendwo an einem unbesiedelten Ort» zu stehen kommen (der bisher einzige islamische Friedhof der Schweiz steht in Genf und ist ausschliesslich für dortige Stadtbewohner reserviert). Damit erhebt Grabherr das Thema zur nationalen Angelegenheit. Allerdings weiss er zum Beispiel nicht, dass die Gemeinschaft von Christen und Muslimen in der Schweiz und die Stiftung Schweizerischer Islamischer Friedhöfe längst konkrete Pläne für den Bau von Friedhöfen in den Kantonen Bern, Waadt und St. Gallen haben.

Was die Bestattungssitten angeht, hat sich Grabherr nach eigenen Angaben durch einen Artikel in «Reader's Digest» informiert. Dort heisst es, die islamische Tradition verlange zwingend, die Toten nur in ein weisses Tuch gehüllt zu bestatten. Dabei gibt es ein jahrhundertealtes Standardwerk eines muslimischen Rechtsgelehrten, worin von einem leichten Sarg die Rede ist, der zu verwenden sei, wenn die Bodenbeschaffenheit es verlangt. Die Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich hat da-

her längst erklärt, die Sargbestattung sei für sie kein Problem.

Grabherr erklärt zu seiner Verteidigung: «Ich bin doch nicht verpflichtet, den Islam zu studieren.» Nein, das ist er nicht. Aber darf er, als ein dem Volk verpflichteter Politiker, deswegen Halb- und Unwahrheiten verbreiten? Er scheint sich auch vor dem islamischen Brauch zu fürchten, nach dem die Toten bis zum Jüngsten Tag beerdigt bleiben sollen. So etwas, argumentiert er, gehe natürlich nicht an. Die Gräber der Toten aller anderen Religionen würden nach etwa fünfundzwanzig Jahren ausgeräumt.

Auch das stimmt nicht: Wohl werden Grabstein und -schmuck weggeschafft, die Gebeine aber werden nicht weggeräumt. Die Gräber werden vielmehr so tief ausgehoben, dass bis zu fünf Särge übereinander Platz haben. Nachdem ein Grab ausgeräumt worden ist, lässt man eine mehrjährige Ruhezeit verstreichen, bevor die nächste Lage als neues Grab dient. In diesem Sinne bleiben auch die Gräber der Nichtmuslime auf «ewig» bestehen.

Wo also liegt das Problem? Es liegt, so absurd es klingen mag, in der Abdankungshalle. Nehmen wir einmal an, ich, ein stimmender und wählender Schweizer, den seine Eltern in Gottes Namen nun einmal nach islamischen Sitten und Gebräuchen erzogen haben, lege im Alter Wert darauf, dass man mich nach islamischem Brauch beerdigt. Da möchte Grabherr – und er sagt mir das ins Gesicht – als Christ entscheiden, ob meine Hinterbliebenen für ihren letzten Gruss die Abdankungshalle im Eichbühl betreten und meine sterblichen Überreste in seiner Nähe beerdigen dürfen. Er, der nicht wusste, dass weder Abdankungshalle noch Friedhof einer Konfession geweiht sind, sondern uns allen gehören. Eigentlich, räumt er ein, würde es ihm ja nichts ausmachen, wenn nur all diese Ansprüche auf das Ausleben der Andersartigkeit, auf eigene Riten nicht wären – die Muslime aber mögen sich doch anpassen und «tolerante Christen» werden.

Mit menschlichen Regungen Unfug zu treiben ist recht einfach. Nehmen wir das Gespräch mit einer älteren Person in der Nähe des Friedhofs Eichbühl: «Wovor haben Sie konkret Angst?» fragt der Schrei-

bende. «Sie werden», sagt die Person, «schon sehen, was für ein Krieg losgeht, wenn Rechtsextremisten diese Muslimgräber schänden. Die Muslime werden sich rächen mit Messerstechereien und Schiesereien, wer weiss, auch mit Bomben, das machen die nämlich. Das wird ganz Zürich unsicher machen. Wer soll sie dann noch aufhalten?»

Dies sind die Früchte, die auf dem Boden der genannten SVP-Veranstaltung gewachsen sind – wo selbstverständlich unerwähnt blieb, dass von Schuls bis Basel, von Lugano bis in die Zürcher Friedhöfe Sihlfeld und Eichbühl inmitten aller anderen Toten auch etliche Muslime beerdigt liegen und dass es dort nie Unruhen gegeben hat. Statt dessen schlug die SVP noch tiefer in die Kerbe, bis am Schluss noch das trotziges Plärren zu hören war: «Und was ist mit uns? Uns lässt man zu kurz kommen!»

Vernünftige machen keinen Lärm

Als der Zürcher Stadtrat, andere Altstetter Kreisparteien, Vereine und Pfarreien sich für den islamischen Friedhof aussprachen, waren keine kämpferischen Worte zu hören. Sie wären auch unnötig gewesen, denn wer Verantwortung übernimmt, braucht nicht laut zu sein. Vernünftige machen keinen Lärm, weil sie zum Beispiel die Weitsicht haben, zu erkennen, dass ein Friedhof, der heute für die Muslime eingerichtet wird, Generationen später ein säkularer Ort sein könnte. Der Islam durchläuft gegenwärtig eine weitreichende Reformation, mitsamt den dazugehörigen Gegenbewegungen, die sich in religiösem Extremismus und Fanatismus äussern. Wenn die Schweiz einen Beitrag an diese Reformation leistet, indem sie islamische Friedhöfe in ihren säkularen Staat einbindet, ist das ein kleiner, mutiger Schritt, der mithilft, der Gettoisierung des Andersartigen entgegenzuwirken.

In einer Zeit, wo wir Kebab, Couscous und Curry für unseren kulinarischen Alltag beanspruchen, dürfte es eigentlich nicht mehr sein, dass anonyme Briefe wie der nachfolgende aus Luzern geschrieben werden, den Pfarrer Walter Signer von der römisch-katholischen Kirche in Altstetten seines Einsatzes für den islamischen Friedhof wegen erhalten hat: «Sie verdammter, verfluchter Pfaffensauhund, dieses Dreckschweinehundspack hat hier in der Schweiz nicht das Recht, einen Friedhof zu haben (...) Gewissen Arschlochpolitikern sollte man die Schnörre verhaufen (...) Scheissmuslim raus, raus, raus.»